

CDU-Fraktion

im Rat der Stadt Bad Oeynhausen
- Der Fraktionsvorsitzende -

Haushaltsrede 2018

Herr Bürgermeister,
meine sehr geehrten Damen und Herren,

das wir in der heutigen Ratssitzung einigermaßen entspannt über den Haushalt 2018 debattieren können verdanken wir in erster Linie der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung in Deutschland, wir verdanken es den hohen Steuereinnahmen, wie es der Kämmerer richtig ausgeführt hat, wir verdanken es der hervorragenden Wirtschaftskraft unserer Unternehmen in Bad Oeynhausen und vor allem unseren Bürgerinnen und Bürgern, denen sie, meine Damen und Herren des Bündnisses so kräftig in die Tasche gelangt haben. Und nicht zuletzt den städtischen Töchtern, denen sie die dringend erforderlichen Finanzmittel entzogen haben, übrigens mit zwei nachhaltigen Konsequenzen:

Zum einen führte die Zuschusskürzung bei den Stadtwerken, entgegen allen Beteuerungen, zu erheblichen Leistungseinschränkungen, die sich in einem runtergekommenen Stadtbild, katastrophalen Straßenzuständen und einem ungepflegten, teils verdreckten Gesamteindruck auswirken.

Zum anderen mussten bereits im Vorfeld der Haushaltsberatungen, nach erheblichen Kürzungen im Vorjahr, dringend Beschlüsse zu nunmehr deutlich höheren Zuschüssen gefasst werden um den Eigenbetrieb Staatsbad und die Staatsbad GmbH zu konsolidieren – das nennt man dann wohl sozialistische Finanzwirtschaft.

Kommen wir nun erst einmal zu einer Bewertung des Haushaltsentwurfs 2018. Nach bereits eingearbeiteten Veränderungen durch Verwaltung und Politik ergibt sich ein prognostizierter Überschuss von rd. 800.000 € - ich prognostiziere der Überschuss wird deutlich höher wie jedes Jahr.

2016 war er 3,6 Mio. höher, 2017 werden es mehr als 2 Mio. Woran liegt das?

Nun sehr einfach, der vorgelegte Haushaltsplan passt in die Jahreszeit, er ist ein Märchenbuch. Warum, werden sie fragen.

Ganz einfach: Wenn ich mir eine Vielzahl von Haushaltsansätzen anschau, dann weiß ich bereits, das die in 2018 definitiv nicht umgesetzt werden. Ein Rückblick auf die letzten zwei Jahre bestätigt meine Aussage. Das gilt konsumtiv und vor allem investiv. Die vom Bürgermeister immer mal wieder so gern vorgestellten Investitionen in das städtische Vermögen von kurz- bis mittelfristig 50 Mio. Euro sind schlichter Unsinn. Die Stadtverwaltung befindet sich unter Bürgermeister Wilmsmeier im Konzept- und Gutachterwahn aber keinesfalls in irgendeiner Umsetzungsphase.

Einzig Ausnahme: Mit der sogenannten Neuorganisation der Verwaltung nach KGSt wurde die bisherige intakte Organisation völlig auf den Kopf gestellt, einige Mitarbeiter in den höheren Entgeltgruppen kaltgestellt und gleich drei neue Beigeordnete in den höchsten Entgeltgruppen eingestellt und die Intelligenz der Bürger und der Politik dadurch beleidigt, dass der Bürgermeister behauptet, dass die Personalkosten dadurch nicht steigen – eindeutig falsch.

Von den Kosten für den in den vorzeitigen Ruhestand versetzten jetzigen ersten Beigeordneten einmal ganz zu schweigen. Verwundert hat uns, dass dieser Beschluss auch von der BBO getragen wurde, die sich immer gegen Beigeordnete und früher für eine stringente Personalkostensenkung ausgesprochen hat. Das Gegenteil ist nun eingetreten.

Alle anderen Maßnahmen sind sehr alte Bekannte: Nehmen wir das Sielwehr und sämtliche damit zusammenhängenden Maßnahmen – Umsetzung nicht vor 2020 eher später, den gesamten Komplex der Maßnahmen des Integrierten Stadtentwicklungskonzeptes – alle wesentlichen Maßnahmen werden geschoben, viele aufgehoben, sodass die Fördermittelgeber schon mahnende Hinweise geben, Schulbaumaßnahmen werden nicht umgesetzt oder werden zur unendlichen Baumaßnahme wie die Sporthalle der Wicherngrundschule, für den Rückbau der Mindener Straße sind schon wieder Planungskosten eingestellt, ohne das es auch nur den Hauch einer Finanzierungsoption für das zweistellige Millionenprojekt gibt, oder die Entwicklung des Nordbahnhofs für die nun bereits 1,4 Mio. Euro bereitgestellt werden sollen.

Bleiben wir beim Nordbahnhof dessen Entwicklung die CDU als sehr wichtig einstuft. Seit Juni 2016 gibt es einen einstimmigen Beschluss des ASE, der den Bürgermeister beauftragt, ein Investorenauswahlverfahren durchzuführen und parallel zu prüfen, in welcher Organisationsform ein Umbau und Betrieb des Bahnhofsgebäudes durch die Stadt möglich und sinnvoll sein kann.

Den Beschluss hat der Bürgermeister entgegen seiner Pflichten bis heute nicht umgesetzt; ein Investorenauswahlverfahren wurde pflichtwidrig nicht durchgeführt, ein tragfähiges Nutzungskonzept liegt nicht wirklich vor, aber im Haushalt stehen 1,4 Mio. Einzig durchgeführt wurde eine Organisationsuntersuchung für den möglichen Betrieb des Bahnhofs – aber das Geld für diese Untersuchung ist rausgeschmissenes Geld, denn der praktische Nutzen ist einfach Null.

Übrigens nicht nur für diese Untersuchung, sondern auch für die Untersuchung zur sogenannten organisatorischen Veränderung im Konzern Stadt und im Beteiligungsmanagement. Nutzlos und handwerklich miserabel – vermeintlich aber preiswert mit 35.000 € - nun ja für fasst nichts?

Ich könnte jetzt so weiter machen mit den vollmundigen Ankündigungen des Bürgermeisters zu Maßnahmen mit Haushaltsrelevanz deren Umsetzung nach unserer Überzeugung noch in einem sehr frühkindlichen Stadium ist. Zu nennen sind das Stadtentwicklungskonzept 2030, alle Maßnahmen des Tourismuskonzeptes wie der Sologarten mit Investitionen im Millionenbereich, ein Nutzungskonzept zur Britensiedlung, Entscheidungen im Sozialwohnungsbau und der Problemlösungen bei Feuerwehr und Rettungsdienst.

Oder konkreter: Der Zustand der Gemeindestraßen – dazu habe ich vom Bürgermeister noch nie etwas gehört – für ihn vielleicht zu profan oder es fällt ihm nicht auf, er wohnt ja auch nicht hier.

Seit zwei Jahren ist in Bad Oeynhausen keine Straße mehr ausgebaut worden und die Umsetzung von Maßnahmen im Rahmen des Deckenprogramms der Stadtwerke ist ebenfalls inakzeptabel.

Beim Straßenneubau sehen wir vorrangig ein personelles Problem im Technischen Rathaus und haben deshalb im Stellenplan 2018 eine zusätzliche Stelle für einen Tiefbauingenieur gefordert. Dafür zeichnet sich eine Ratsmehrheit ab, was wir begrüßen. Im Gegenzug sperren wird uns natürlich nicht, den Stadtwerken für ihr Deckenprogramm ein Sonderbudget in Höhe von 500.000 € zur Verfügung zu stellen – wir hoffen, dass die Mittel dann aber auch verbaut werden. Die Erfahrungen der Vergangenheit waren da eher enttäuschend.

Eine zentrale Forderung der CDU-Fraktion zum Haushalt 2018 ist die Senkung der Grundsteuer A und B in einem Volumen von 500.000 €. Finanztechnisch erschließt sich die Möglichkeit der Steuersenkung zum Vorteil aller Bürgerinnen und Bürger durch die Gegenfinanzierung infolge der Senkung der Kreisumlage, die politisch indiziert ist.

Für geboten halten wir die Grundsteuersenkung auf die berechtigte Frage der Bürger, wofür sie denn höhere Steuern bezahlen, wenn absolut keinerlei Infrastrukturmaßnahmen in unserer Stadt umgesetzt werden, für die sie mit ihrem Beitrag in Vorleistung getreten sind. Zwar lösen Steuerzahlungen keinerlei Anspruch auf Gegenleistungen aus, aber sie sollten auch nur zur Deckung des allgemeinen Finanzbedarfs erhoben werden; eine Kommune ist also kein Sparclub. Folglich ist es absolut systemimmanent die Hebesätze dynamisch an den Finanzbedarf anzupassen und zwar nicht nur nach oben.

Dass nun ausgerechnet die SPD die Senkung nur der Grundsteuer für unausgewogen hält und deshalb einer Steuersenkung nur zustimmen will, wenn auch die Gewerbesteuer gesenkt wird, verwundert schon sehr. Natürlich würden wir auch die Senkung des Gewerbesteuerhebesatzes vorschlagen, wenn das Finanzvolumen ausreichen würde, das ist aber im Haushaltsjahr 2018 noch nicht so.

Die CDU möchte lieber den Bürgern durch niedrigere Mietnebenkosten Entlastung verschaffen, denen die SPD die Kindergartengebühren erlassen möchte, um ihnen gleichzeitig durch die Grundsteuer das Geld wieder aus der Tasche zu nehmen. Das ist dann wohl sozialistische Umverteilung, aber nicht unser Ansatz.

Eine weitere Position auf der CDU-Veränderungsliste ist der erneute Ansatz von 210.000 € für die Erweiterung des Offenen Ganztags an der Grundschule Dehme. Diese mehr als dringliche Maßnahme wird seit Jahren geschoben. Die Mittel wurden auch in den Haushalt 2017 eingestellt, die Maßnahme ebenfalls nicht umgesetzt und nun vom Bürgermeister in den Haushalt 2018 nicht mehr aufgenommen. Wieder so ein Beispiel von dem ich sprach – Luftnummern eben.

Gerade diese Maßnahme, die im Rahmen der kontroversen Debatten zur Zügigkeit des Neubaus der Grundschule Eidinghausen plötzlich von zentraler Bedeutung wurde hat aber niemand von ihnen im Haushaltsentwurf 2018 vermisst. Ein wenig Misstrauen erweckt das bei uns schon, meine Damen und Herren, auch wenn sie im Finanzausschuss Zustimmung signalisiert haben – allerdings nicht ohne den Hinweis, dass die Angelegenheit aber im Schulausschuss beraten werden müsse, ja wo denn sonst?

Aber bitte dann auch mit einem Beschluss verabschieden und nicht endlos diskutieren und zu keinem Ergebnis gelangen, oder einfach nur als Aufhänger für eine erneute Diskussion zur mehrheitlich beschlossenen Zügigkeit der Grundschule Eidinghausen zu missbrauchen. In Dehme muss dringend gehandelt werden - das behalten wir 2018 im Fokus unserer Schulpolitik.

Nächste Position der CDU-Liste, gleicher Sachverhalt. Es geht um den Parkplatz am Schoss Ovelgönne. Der ist, wie alle wissen, in einem peinlich desolaten Zustand und zwar seit Jahren. Es wird auch immer mal wieder darüber gesprochen. Mittel wurden ebenfalls in 2017 in den Haushalt eingestellt aber auch nicht umgesetzt.

Begründung des Technischen Rathauses: das haben wir einfach nicht geschafft. Derzeitiger Dezernent und damit zuständig ist der Bürgermeister – der aber merkt so etwas nicht und hinterfragt die Umsetzung des Haushalts in seinem Verantwortungsbereich offensichtlich auch nicht. Denn auch diese Position taucht im Haushaltsplan 2018 nicht wieder auf. Die CDU fordert erneut einen Ansatz von 45.000 € und wird auch bei dieser Maßnahme die Umsetzung nachdrücklich einfordern. Sonst haben

wir die nächste Luftnummer im Haushaltsplan – wen wundern da die stets erheblichen Ergebnisverbesserungen noch.

Eine letzte Einzelposition, die ich hier ansprechen möchte sind die im Haushalt 2018 eingestellten Mittel für die weitere Einrichtung von Fahrradstraßen in Bad Oeynhhausen. Die Portastraße zwischen Steinstraße und dem Schweinebrunnen zur Fahrradstraße zu machen halten wird aus tatsächlichen Gegebenheiten für nicht möglich. Für völlig unmöglich halten wir es, den Alten Postweg in Dehme ab der B 61 und im Bereich des Lohbusches, an dem sich gleich mehrere landwirtschaftliche Betriebe und mittelbar ein Bauerncafé befinden, zur Fahrradstraße umzugestalten.

Da wir die Umsetzung für nicht realisierbar halten, führt auch dies zur weiteren Einsparungen von 32.000 €. Im Übrigen: Fahrradstraßen aus Aktionismus einzurichten führt bei der Bürgerschaft zu Verärgerung und Kopfschütteln. Wenn es um sinnvolle Einrichtungen von Fahrradstraßen geht, ist die CDU allerdings dabei.

Ein Wort zu unseren Stadtwerken, als Heilsbringerin schlechthin. Nichts gegen einen rechtssicheren steuerlichen Querverbund, aber er darf nicht zur Euphorie werden. Wir übertragen den Stadtwerken den verlustreichen Bäderbetrieb, den mittelfristig geplanten Neubau eines Hallenbades mit ca. 10 bis 12 Mio. € oder auch mehr, die Errichtung von zwei zentralen Trinkwasserenthärtungsanlagen für mindestens 6 Mio. € oder auch mehr und weil das alles noch nicht reicht dann auch noch eventuell den öffentlichen Personennahverkehr. Die Maßnahmen wollen umgesetzt und mit Liquidität unterlegt werden. Dabei darf vor allem die Ertragsseite mit Blick auf Regulierung der Netzentgelte, mit denen wir ja alles bestreiten wollen, nicht außer Acht gelassen werden.

Abschließend der eindringliche Hinweis, dass die dadurch im städtischen Haushalt eintretenden Entlastungen durch die sich abzeichnenden Belastungen durch den Eigenbetrieb Staatsbad rasend schnell verzehrt werden können.

Aber kommen wir zur Quintessenz: Wir sehen den Haushaltsplan und die Haushaltsentwicklung sehr kritisch hinsichtlich der investiven Planungen und seiner Umsetzung und sind überzeugt, dass die Ergebnisplanung 2018 erneut unzutreffend ist und

deutlich positiver verlaufen wird. Das kann ich übrigens jedes Jahr sagen und es stimmt immer.

Durch die sehr pessimistischen Ansätze wird nun schon seit Jahren die städtische Entwicklung gehemmt und die Zukunftsprognose für unsere Stadt negativ beeinflusst. Ist auch nicht neu, stimmt leider auch immer.

Dem Haushaltsplan 2018 werden wir ohne die äußerst maßvollen Ansätze unserer Veränderungslisten mit dem Kern der Steuersenkung, die wir zum Antrag erheben, nicht zustimmen meine Damen und Herren.

Danke für Ihre Aufmerksamkeit!

Bad Oeynhausen, 13. Dezember 2017

Kurt Nagel
Fraktionsvorsitzender